

# Mobil gemacht!

Das „Kabinett der nationalen Konzentration“, das in Wahrheit ein Kabinett der reaktionären Konzentration, der Vorbereitung zur offenen faschistischen Diktatur ist, ist jetzt von dem von Hindenburg befohlenen Reichsminister, v. Papen, zugelassen. Dieses Kabinett ist ein Kabinett der adligen Großgrundbesitzer, der Schwerindustrie und der S. G. Farben, des mächtigsten Chemie-Konzerns in Deutschland. Diese Regierung repräsentiert sichtbar und deutlich für jedermann die Herrschaft der Kapitalistenklasse, die Herrschaft jener reaktionären Kreise, die gestützt auf die Reichswehr und auf die braunen Banden Hitlers, die Diktatur über das arbeitende Volk in Deutschland durchführen wollen.

Diese Regierung ist ein Produkt der durch Krise und Klassenkampf herangereiften Situation. Die Methoden Brüning's erweisen sich angesichts der vorgeschrittenen Krise als ungenügend für die Bourgeoisie. Der Weg der Notverordnungen, der schrittweisen Lohnabbau, des Abbaus der sozialen Unterhaltungen führt nicht schnell genug zum Ziele. Der Widerstand der Arbeiterklasse, obwohl noch größere Kampfaktionen ausgeblieben sind, ist doch zu groß, als daß die Bourgeoisie auf dem Brüning'schen Wege zu einem früheren Erfolge kommen könnte. Die ganze Lage drängt zu einer Entscheidung.

Die Kapitalistenklasse ist entschlossen, dieser Entscheidung nicht auszuweichen, sondern sie in ihrem Sinne herbeizuführen. Sie tut mit Hilfe der Nationalsozialisten eine breite nationalfaschistische reaktionäre Welle entfesselt. Sie hat es verstanden, ihren Scheintampf gegen das Versailles System, gegen die Tributzahlung, den Vorbergründ zu schieben und eine nationalfaschistische Stimmung zu erzeugen. So wurden breite Massen, vor allem des Kleinbürgertums, von der Tatsache abgelenkt, daß in erster Linie verantwortlich für die Krise und die daraus resultierende Not der breiten Massen das kapitalistische System ist.

Aber der außenpolitischen Aktivität der deutschen Bourgeoisie sind bestimmte Grenzen gesetzt. Die Lausanne Konferenz — das steht heute schon fest — wird keine Erleichterung für die deutsche Bourgeoisie bringen und im wesentlichen den schon jetzt in der Frage der Reparationszahlungen bestehenden Zustand bestätigen und das Hoover-Moratorium in dieser oder jener Form verlängern.

Aber das ist keine Rettung für die deutsche Bourgeoisie. Dadurch wird für keinen einzigen Erwerbslosen die Unterfütterung gesichert oder Arbeit beschafft. Die großen Fragen der Innenpolitik, die Liquidierung der sozialen Einrichtungen und die Brechung des Widerstandes der Arbeiterklasse stehen als brennende Aufgaben vor der deutschen Bourgeoisie. Die Brüning'sche Politik hat sich als unfähig erwiesen, diese Fragen in dem für die Bourgeoisie notwendigen Tempo zu lösen. Darum wird jetzt mit der Lösung dieser Aufgaben eine andere Regierung vertraut.

Das Charakteristische bei dieser Regierungsbildung ist, daß zwar das „Kabinett der nationalen Konzentration“ im Reichstag keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat, daß es sich aber in der Bourgeoisie selbst auf eine breitere Basis stützen kann als die Brüning-Regierung. Die Brüning-Regierung konnte nur existieren dank der Unterstützung durch die Sozialdemokratie. Die gegenwärtige und die kommende Regierung der Diktatur wird existieren, indem sie sich in der Hauptsache auf die faschistische Massenbewegung der Nazis stützt, wobei es nur eine Frage der Methoden und des Tempos ist, in welchem Maße die Nationalsozialisten unmittelbar zur Teilnahme an dieser Diktatur herangezogen werden.

Man rechnet damit, daß spätestens morgen die neue Regierung den Reichstag auflösen und Neuwahlen ansetzen wird, um auf parlamentarisch-demokratischem Wege noch bessere Voraussetzungen für die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierung zu schaffen. Es gibt aber sowohl nach den neuen Wahlen, wie bei einer längeren Hinausschiebung der Wahlen noch eine andere Möglichkeit, auf die unser Moskauer Brüberblatt, die „Pravda“, in ihrer Betrachtung zum Wahlergebnis vom 24. April hinweist:

„Es verdrängt sich die Gefahr, daß die deutschen Faschisten versuchen werden, ihre Wählerfolge durch Gewaltakte zu befestigen, um die Hindernisse für die rasche offene Diktatur zu beseitigen.“

Wenn eine naziregierende Diktaturregierung den gesamten bürgerlichen Gewaltapparat und als Heer in der Hand hat, wachsen auch im hochindustrialisierten Deutschland die Möglichkeiten, daß die Nazi-Partei durch halblegale Gewaltaktionen nach italienischem und japanischem Muster ihren offenen Regierungsantritt zu beschleunigen versucht. Die Arbeiterklasse muß auch gegen solche Überraschungen gerüstet sein!

Dies zu erkennen ist um so notwendiger, weil gerade jetzt die Bourgeoisie alle reaktionären Kräfte zum Kampf gegen die Arbeiterklasse konzentriert und weil jetzt die Sozialdemokratie den Versuch unternimmt, durch „linke“ Manöver die Arbeiterklasse zu verwirren und sie von den Kämpfen, ohne die der faschistische Angriff nicht zurückgeschlagen werden kann, abzulenken.

Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung mit Hermann Müller an der Spitze hat der Brüningregierung den Weg vorbereitet. Die Brüningregierung leitete über zu der Regierung der „nationalen Konzentration“ von Papen, und diese Regierung ist die Überleitung zur offenen faschistischen Diktatur, wobei es nur von formaler Bedeutung ist, ob an der Spitze dieser Diktaturregierung der General von Schleicher oder Adolf Hitler steht oder beide gemeinsam eine solche Regierung bilden. Von einem Übergang der Regierungsform zur anderen vollzog die Bourgeoisie einen Bruch mit den bisherigen Regierungsmethoden. Mit der Anwendung des Artikel 48, mit der Bildung der Brüning-Regierung, wurde die Sozialdemokratie aus der Regierung der Großen Koalition herausbefördert. Jetzt verzichtet die Bourgeoisie auf die parlamentarische Unterfütterung ihrer Regierung durch die Sozialdemokratie und entledigt sich der letzten „demokratischen“ Methoden des Massenbetrugs. Die „Völkische Zeitung“ charakterisiert diese gegenwärtige Entwicklung folgendermaßen:

„Durch die demokratische Forderung der Reichstagsauflösung soll die Auflösung der Demokratie eingeleitet und zur Vollenkung gebracht werden. Diese Neuwahlen des Reichstags, die (Nazi) im Zeichen der SA, sollen dazu führen, die größere Volkshälfte, die sich am 10. April gegen Hitler entschieden hat, in aller Form rechtmäßig zu entrechten. Mag sein, daß Franz von Papen und seine Hintermänner diese Entwicklung nicht wollen, aber was eingeleitet worden ist, hat seine eigene Fallgeschwindigkeit, wird zur Lawine und reißt sie mit, die den Stein ins Rollen brachten.“

Die „Völkische Zeitung“ irrt sich in einigem. Die Auflösung der „Demokratie“ wird nicht erst eingeleitet, sondern bereits vollendet. Nicht das „Volk“ im allgemeinen soll entrechtet werden,

sondern das werktätige Volk, die Arbeiterklasse und die anderen arbeitenden Schichten. Die „Hintermänner“ wollen diese Entwicklung. Diese Entwicklung hat allerdings „ihre eigene Fallgeschwindigkeit“. Aber die Herrschenden, die diese Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur betreiben, rechnen nicht mit der Kraft der Arbeiterklasse, die nicht niedergeklagen ist und deren Kampfkraft trotz der Streikbrecherpolitik der Sozialdemokratischen Partei, trotz Erwerbslosigkeit und trotz reaktionärer chauvinistischer Welle im Wachsen ist.

Die gegenwärtige reaktionäre Entwicklung gestattet andererseits der Sozialdemokratischen Partei, von neuem die Tatsache zu verbergen, daß gerade sie es durch ihre Politik der Bourgeoisie ermöglicht, den reaktionären faschistischen Kurs durchzuführen. Der Ruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes verurteilt den Einbruch zu erwenden, als ob durch den Sturz der Brüningregierung die Sozialdemokratie ihre „volle Handlungsfreiheit“ gegen die Bourgeoisie und gegen das kapitalistische System zurückerlangt habe, als ob alle Beziehungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei, der Bourgeoisie und dem kapitalistischen Staat jetzt plötzlich abgerissen seien. Die Sozialdemokratische Partei ist durch eine mehr als ein Jahrzehnt umfassende Entwicklung mit dem kapitalistischen Staatsapparat verbunden und verwachsen. Diese Entwicklung kann nicht rückgängig gemacht werden. Infolgedessen kann die prinzipielle Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und vor allem auch der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zur kapitalistischen Gesellschaft keine Aenderung erfahren. Was sich

ändert, das sind die taktischen Methoden, mit denen die Sozialdemokratische Partei in einer veränderten Situation ihre Funktion als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu erfüllen versucht.

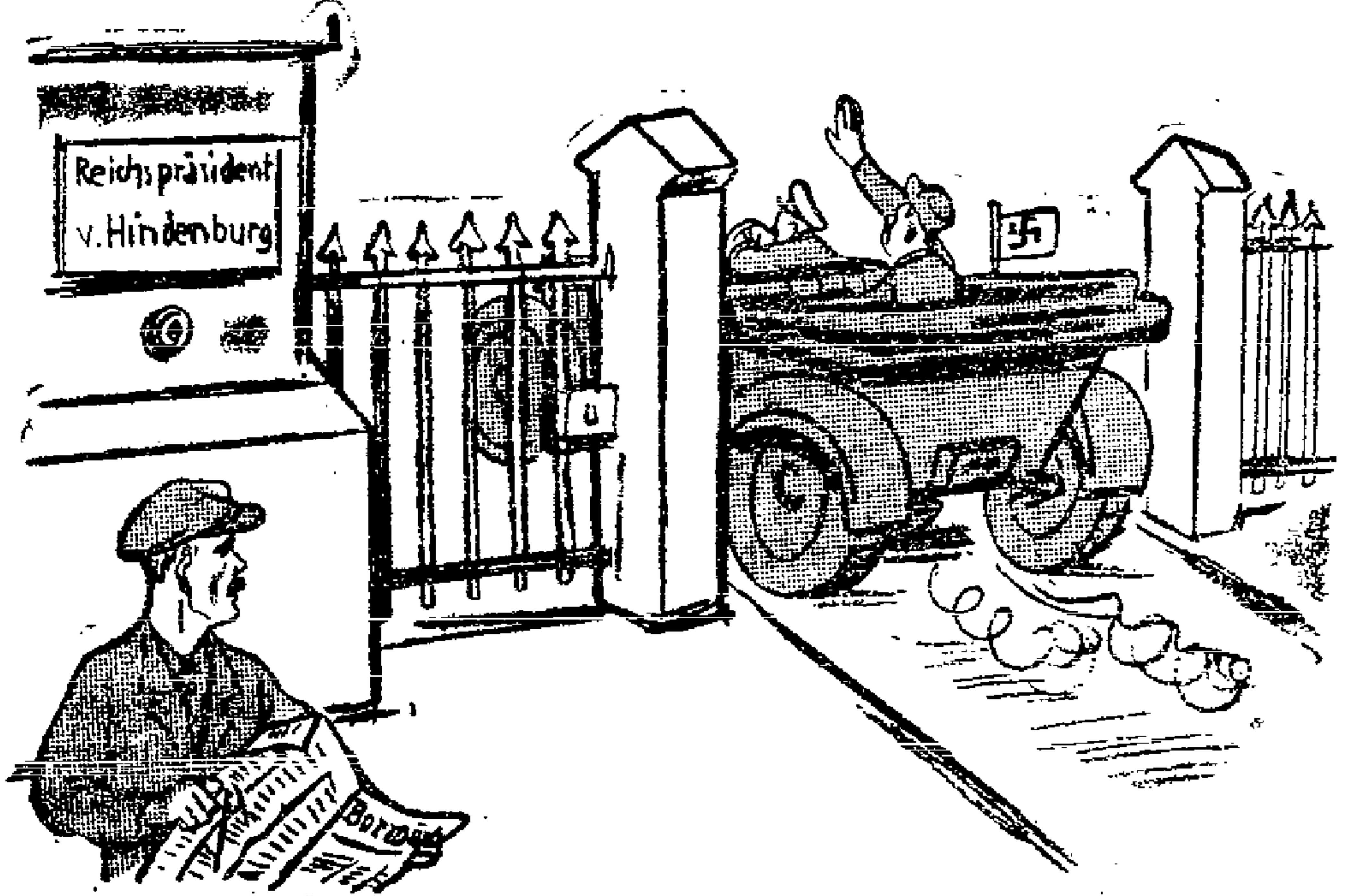
Die kommunistische Partei hat als revolutionäre Partei des Proletariats den gegenwärtigen Ernst der Lage signifikant. Sie zeigt den Arbeitern den Weg. Dieser Weg ist der des Kampfes gegen die Offensive der Bourgeoisie: Die Antifaschistische Aktion der Arbeiterklasse im Zeichen der proletarischen Einheitsfront, um dieser Aktion die Schlagfertigkeit zu geben, die notwendig ist, um die ankommende Reaktion zurückzuschlagen; um die Positionen, die die Arbeiterklasse verloren hat, wieder zurückzugewinnen; um schließlich und letzten Endes mit Erfolg den Kampf aufzunehmen für den revolutionären Ausweg aus der Krise. Die Arbeiterklasse hat in der Geschichte ihres Kampfes eine Reihe glänzender Beispiele zu verzeichnen, wo sie die vorstoßende und zum vernichtenden Schlag ausholende Reaktion zurückgeschlagen hat. Mit den Mitteln des politischen Massenstreiks, dem Generalstreik, wurde 1920 der Kapp-Putsch erledigt, 1923 die Cuno-Regierung gestürzt. Heute muß die Reaktion ebenfalls auf ein unter der Führung der kommunistischen Partei zum Kampfe gerüstetes Proletariat stoßen. Die Millionenmassen der deutschen Arbeiterklasse treten in der außerparlamentarischen Antifaschistischen Aktion dem Kabinett der Grafen, Barone und faschistischen Reaktionen entgegen mit der Kampferklärung:

„Will der Herr Graf ein Täuschchen wagen, wir spielen ihm auf!“

## SPD.-Parole: Ranlassen! Ranlassen!

Ein sozialdemokratischer Aufruf der Ohnmacht und des Verrats

Der Parteivorstand der SPD hat zur Bildung der Regierung der „Nationalen Diktatur“ einen Aufruf erlassen. Dieser Aufruf, die nicht genug schreiben konnte vom „Kampf gegen den Faschismus“, hat sich bereits völlig damit abgefunden, daß die kaiserlichen Junker und Generale die Regierung bilden. Die Parole: „Man muß die Faschisten an die Regierung lassen, damit sie abwirtschaften“, wird in dem Aufruf den deutschen Arbeitern als „Weg zum Sozialismus“ vorgelegt! Es heißt wörtlich in dem Aufruf: „Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte ... selber die Verantwortung übernehmen müssen. ... Jetzt sollen sie zeigen, wie weit ihr demagogisches Geschick über die Notverordnungen ernst genommen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen um der Regierung Brüning aufheben werden!“



SPD.-Arbeiter: ... und da hat die SPD. gesagt: „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler!“

Nicht ein Wort findet sich in dem ganzen Aufruf, mit dem die Arbeiterklasse zum außerparlamentarischen Kampf gegen diese Regierung aufgefordert wird. In einem Begleitartikel des „Vorwärts“ werden die Arbeiter erneut auf den Bestertrag mit dem Stimmzettel vertrieben.

Während der Aufruf den SPD-Präsidentenstandkandidaten Hindenburg nicht mit einer Silbe erwähnt, versucht der „Vorwärts“ in dem genannten Artikel Hindenburg, der mit der Papen-Regierung einen Übergang zur Macht ergreifung durch Hitler schafft, noch ausdrücklich zu bedenken. Das Blatt schreibt, daß Hindenburg für die Regierungsbildung „nicht der geringste Vorwurf“ treffe. Damit deckt die SPD. weiterhin ihren kaiserlichen Generalfeldmarschall.

Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr habt die Parolen eurer Partei zum „Kampf gegen den Faschismus“ ernst genommen! Ihr habt uns Kommunisten nicht geglaubt, als wir euch an Hand der Reden eurer Führer nachwiesen, daß die Breitscheid, Litzow, Severing usw. bereit sind, den offenen faschistischen Kampf die Macht zu überlassen. Der Aufruf des Parteivorstandes, dieses Gebilde aus Ohnmacht und Arbeiterverrat, muß euch eines Besseren belehren.

Wir schreiben bereits am 21. Mai, daß die SPD. der Regierungsübernahme durch den General Schleicher kein Hindernis in den Weg legen werde, sondern dies sogar begrüße. Wir veröffentlichten ein Fiskal aus dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, das wörtlich schrieb, daß Schleichers „Ernennung zum Reichswehrminister zu begrüßen gewesen wäre“. Was die SPD. damals nur als Aufstellung vertrat, wird durch den Aufruf des Parteivorstandes zur praktischen SPD.-Politik.

Klassengenossen der SPD. und der freien Gewerkschaft! Die SPD. will ihr Verbrecen der Isolierungspolitik gegenüber der Brüning'schen Notverordnungsregierung in neuer Form gegenüber der „nationalen“ Diktatur fortsetzen. Sie will euch von jedem wirklichen Kampf gegen die Generalregierung Schleicher Papen, abhalten! Antwortet darauf, indem ihr euch mit euren kommunistischen Klassenbrüdern gemeinsam zur mächtigen Antifaschistischen Aktion vereinigt! Schafft überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion! Mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen zum politischen Massenausschrei!

## Reichsbannerkameraden für Antifaschistische Aktion!

In Berlin ND Einheitsauschuss aus Reichsbanner und Kampfbandkameraden gebildet

In Berlin ND. haben proletarische Reichsbannerkameraden die Mauer durchbrochen, die von ihren sozialfaschistischen Führern zwischen ihnen und ihren antifaschistischen Klassenbrüdern errichtet ist.

Am 1. Juni hatte die Staffel Nordring des Kampfbandes gegen den Faschismus einen Diskussionsabend veranstaltet, an dem 15 Reichsbannerkameraden teilnahmen. Nach dem Referat des Kameraden Bauer: „Wir schrieben die rote Einheitsfront gegen Faschismus und Krieg“, folgte eine grundsätzliche Aussprache über den praktischen Weg der Antifaschistischen Aktion ein. Völlige Einmütigkeit unter allen Anwesenden wurde erzielt, und folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der am 1. Juni tagende öffentliche Diskussionsabend des Kampfbandes gegen den Faschismus, Staffel Nordring, sah unter Beisein von 15 Kameraden des Reichsbanners eine Schwärz-Notiz bei der Beschluß zur Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen und gelobt, alle ehrlichen revolutionären Kräfte des Proletariats zu mobilisieren, um den Kampf gegen Lohnabbau, Unterhaltungsabbau und Rentenabbau in Einheitsfront gegen den Faschismus zu führen.

Einheitsfront gegen Faschismus wehrt fa-

schistischen Mordterror ab, schlägt den Faschismus! Darum, alle im revolutionären Lager stehenden Arbeiter: folgt unserem Beispiel, schafft Einheitsfront gegen den Faschismus! Alle Anwesenden geloben unter Einsatz ihrer eigenen Person, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen und den Faschismus zu vernichten.“

Zur Durchführung der Beschlüsse wurde ein provisorischer Einheitsauschuss der Antifaschistischen Aktion gewählt, der aus drei Reichsbanner- und drei Kampfbandkameraden besteht. Aufgabe dieses Einheitsauschusses soll es insbesondere sein, an die Arbeiter der SPD, der SAJ, und des Reichsbanners zur Bildung der roten Einheitsfront heranzutreten. Die Reichsbannerkameraden verpflichten sich, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen, daß auf dem nächsten Kameradensabende ein Vertreter des Kampfbandes als Korrespondent ungehindert sprechen kann, und daß alle Kameraden des Reichsbanners für den im Juli stattfindenden Antifaschistischen Kongress des Bezirks Nordost Delegierte wählen werden.

Ein Brand diesen ehelichen, Klassenbewußten Reichsbannerkameraden! Sorgt dafür, daß sich nach diesem prächtigen Vorbild überall von unten auf die rote Einheitsfront der antifaschistischen Arbeiter formiert!